

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Verlagskonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8987.

Freitag, 7. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die halbpalme Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Bezugs- und Versandungsangelegenheiten 0,40 Mk. Retraite: Die Millimeterzeile, halbpalme oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Rußlands Hungersnot und die bürgerlichen Regierungen.

Die Anlagerede Hansens.

Dr. Hansens, des angesehenen norwegischen Polarforschers Rede, liegt jetzt dem „Manchester Guardian“ vollständig vor.

Hansen hob zunächst seine Enttäuschung hervor über die Aufnahme, die seine Pläne bisher bei den Regierungen gefunden haben. „Ich möchte der Versammlung in einem Satz die Lage darstellen, wie sie ist. In diesem Augenblick sind 20 bis 30 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Wenn nicht innerhalb von zwei Monaten Hilfe kommt, ist ihr Schicksal besiegelt. Um das Unglück zu vermeiden, ist eine verhältnismäßig geringe Summe Geldes nötig. Es ist keine große Summe, die wir von den Regierungen fordern. Wir haben nur 5 Millionen Pfund Sterling verlangt. Wenn wir diese bekommen, dann sind wir überzeugt, daß es möglich ist, sehr wichtige Arbeit bis zu Weihnachten zu leisten und die Lage in einem erheblichen Umfang zu retten.“

Und wir tun, was wir können durch die private Wohltätigkeit, aber auch diese Wohltätigkeitsarbeit wird ernsthaft gestört durch einen

Feldzug der Entstellung,

der im Gang ist. Eine Unmenge von Lügen ist im Umlauf. So wird erzählt, daß der erste Lebensmittelzug, den Hoover nach Rußland geschickt hat, von der Roten Armee geplündert worden sei. Das ist eine Lüge. Und doch taucht diese Geschichte immer wieder in der europäischen Presse auf. Mir wird vorgeworfen, daß ich eine Expedition nach Sibirien geschickt habe, um dort Waffen für revolutionäre Zwecke hinzubringen. Das ist auch eine Lüge. Die Zeitungen sagten, daß mein Freund Kapitän Eberdrup diese Expedition geführt habe. Aber tatsächlich bringt Eberdrup landwirtschaftliche Maschinen nach Sibirien. Viele andere Geschichten derselben Art laufen noch um. Es ist vollkommen klar, daß sie von einer zentralen Stelle aus

in die Welt geschickt werden. Es muß dies jemand sein, der sehr interessiert daran ist, jede Hilfe für das hungernde Volk Rußlands zu verhindern. Und ich weiß, was dabei der Hintergedanke ist, nämlich dieser: daß unsere Aktion, wenn sie Erfolg hat, die Sowjetregierung stärken würde. Ich glaube, das ist ein Irrtum. Ich glaube nicht, daß wir die Sowjetregierung stärken, wenn wir dem russischen Volk zeigen, daß es Menschen mit Herz in Europa gibt. Meine Absicht ist, Hilfe zu bringen,

ohne jegliche Politik. Aber in keinem Land, und am wenigsten in Rußland, kann Hilfe gegen den Willen der dortigen Regierung gebracht werden.

Ich habe große Zweifel, ob die Konferenz in Brüssel imstande sein wird, etwas zu leisten. Wenn die Regierungen die Entscheidung nicht umändern, die sie getroffen haben, so sehe ich nicht, wie die Konferenz etwas erreichen will. Wenn die Konferenz erst eine Untersuchungskommission nach Rußland schickt, von dieser einen Bericht empfängt, dann in lange Verhandlungen mit der Sowjetregierung eintritt, um ein neues Abkommen anstelle des meinigen zu schließen, und wenn sie nach Fertigstellung eines solchen neuen Abkommens einen neuen Apparat schafft, um das Abkommen durchzuführen — dann wird ihre Hilfe unbedeutend zu spät kommen.

Die Regierungen sagen, sie sind gegenwärtig nicht imstande, 5 Millionen Pfund zu geben; und doch ist dies nur halb so viel, als der Betrag, den ein Panzerschiff kostet. Ich werde weiter fortfahren, die Länder Europas aufzurufen, damit sie das größte Unglück der Weltgeschichte verhindern. Ich glaube, daß wir, gleichgültig, was diese Versammlung beschließen mag, imstande sein werden, etwas zur Vinderung des fürchterlichen Wettkampf mit dem russischen Winter

der still und stänbig vom Norden heranrückt. Bald werden die Wasserstraßen Rußlands zugefroren sein; halb wird der Transport durch gefrorenen Schnee gehindert werden. Sollen wir es zulassen, daß der Winter die Millionen von Stämmen zum Schweigen bringt, die jetzt nach unserer Hilfe schreien? Es ist immer noch Zeit, aber viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Stellen Sie sich einmal vor, was erst sein wird, wenn der russische Winter ernsthaft einsetzt, was es bedeutet, wenn dann nichts zu Essen da ist, und wenn die ganze Bevölkerung in dem öden Land herumirrt, um Nahrung zu suchen, wenn die Männer, Frauen und Kinder zu Tausenden in Rußlands Schnee tot umfallen! Machen Sie sich klar, was das bedeutet! Wenn Sie jemals gewußt haben, was es heißt, gegen den Hunger und gegen die grausigen Mächte des Winters zu kämpfen, dann werden Sie verstehen, wie dann die Lage sein wird. Ich bin überzeugt, daß Sie nicht mit hülfem Herzen antworten werden, daß Sie leider nicht helfen können.“

Die Völkerbundsversammlung hat Hansens Beifall geflächelt, aber getan hat sie nichts. Die helfende Tat für Sowjetrußland muß von der Arbeiterklasse ausgehen!

Knisse und Pfliffe.

Wenn die Politik in Knissen und Pfliffen bestünde, so wäre die deutsche Arbeiterschaft heute politisch gesegnet wie nie zuvor. Die mehrheitssozialistischen und die unabhängigen Parteiführer bringen in diesen Tagen die Knisse und Pfliffe gleich buchendweise zu Markte und dem einfachen Arbeiter muß notwendig dabei so dumm werden, als ginge ihm ein Nüchtrab im Kopf herum.

Der neueste Pfliff der mehrheitssozialistischen Führer ist folgender: Sie fragen bei den Demokraten und beim Zentrum an, ob ihnen die Unabhängigen als Koalitionsgenossen willkommen sind. Und gleichzeitig fragen sie bei den Unabhängigen an, ob sie mit der Deutschen Volkspartei in eine Koalition eintreten wollen.

Der Zweck der Übung ist einmal, die Hochzeit mit Stinnes bis über die Berliner Kommunalwahlen hinauszuschieben, zum andern, die Unabhängigen auf dem Wege der Kompromittierung mit einer bürgerlichen Koalition weiterzutreiben.

Das Zentrum erklärt ebenso wie die Demokraten, daß sie die Unabhängigen nur dann mit in Kauf nehmen, wenn zugleich die Stinnespartei mit in die Koalition kommt. Die Stinnespartei ihrerseits läßt erklären, daß sie von einer Vereinigung der Unabhängigen in die Koalition nichts wissen will und daß die Sozialdemokraten sich entscheiden müssen: entweder mit Stinnes oder mit Hilferding.

Die grenzenlose Verwirrung, die alle diese Pfliffe, alle diese Knisse ebensowohl in der unabhängigen wie in der mehrheitssozialistischen Partei angerichtet haben, zeigt ein Bild in die unabhängige Parteipresse.

So verlangt z. B. der ehemalige bayerische Minister der Unabhängigen, Unterleitner, eine aktive Koalitionspolitik seiner Partei nach folgenden Grundfäden:

1. Der Eintritt in eine Regierung mit republikanischen bürgerlichen Parteien ist keine Frage des Prinzip, sondern eine Frage der Taktik.
2. Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation erfordert einen starken Einfluß der Arbeiter auf die Regierungsgewalt.

Dagegen schreibt die unabhängige „Fränkische Volkszeitung“: „Mit diesem Schiebertrick wird die SPD-Leitung keinen Erfolg haben... Unerhörter ist noch niemals ein Ver-

wirrungsmäandern betrieben worden wie dieses. Die USF tritt in eine bürgerliche Koalitionsregierung nicht mit ein.“

Wie nun: Hü oder Gott, bürgerliche Koalition oder nicht?

In dieser grenzenlosen Verwirrung erhalten weder die unabhängigen noch die sozialdemokratischen Arbeiter eine klare und einfache Anweisung von ihren Parteiführern. Wir, die Kommunisten, betrachten diese Verwirrung als nichts Erfreuliches, sondern als einen schweren Schaden für die gesamte Arbeiterbewegung. Und deshalb sagen wir den Arbeitern: Sorgt dafür, daß mit dieser Politik ein Ende gemacht wird. Die einheitliche Kampffront des Proletariats, der Schutz der Republik und der Schutz der Arbeiter vor der Bourgeoisie, läßt sich durch keinerlei bürgerliche Koalition erreichen, läßt sich durch keinerlei Regierungshöfen in einer bürgerlichen Regierung erfüllen, er kann nur das Werk der geschlossenen kämpfenden Arbeiterschaft sein und nur dieser Kampf kann die Grundlage für die Bildung einer Regierung abgeben, die sich allein vom Interesse der werktätigen Bevölkerung leiten läßt.

Wir sagen den sozialdemokratischen Arbeitern: Laßt Euch nicht in eine Koalition mit Stinnes hineingaukeln. Aber noch mehr: sorgt dafür, daß überhaupt mit der bürgerlichen Koalitionspolitik gebrochen wird.

Wir sagen den unabhängigen Arbeitern: Eure Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß mit dem Gedanken einer bürgerlichen Koalition nicht einmal gespielt wird, und daß alle Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, die eure Führung der Bildung einer proletarischen Kampffront in den Weg stellt.

Wenn man das will, so muß man brechen mit dem Kampf gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften.

Wenn man das will, so muß man Schluß machen mit der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern.

Wenn man das will, so muß man dafür sorgen, daß das Leipziger Aktionsprogramm nicht nur ein leeres Papier bleibt. Kurz und gut, so muß man mit Klugheit und Zähnen in der Partei dafür kämpfen, daß die Partei die Brücken abbricht zur Bourgeoisie und zu denen, die ihr Helfershelfer leisten, und daß sie die Brücken schlägt zu den Proletariats, die alle Kämpfe führen wollen, die die Arbeiterklasse heute führen muß.

Einiges vom Völkerbund.

Die Ablehnung der Rußlandhilfe durch die Völkerbundsversammlung in Genf und die Anklagen, die Ransfordt gegen die Regierungen erhoben hat, lenken unsere Aufmerksamkeit auf die Lage dieser Gesellschaft. Ihre letzten endlosen Verhandlungen dauerten den ganzen September und werden nun halb zu Ende sein. Am Ende seines Latens allerdings war man in Genf von Anfang an.

Zunächst: Was ist der „Völkerbund“ überhaupt?

Der sogenannte Völkerbund ist nichts anderes als ein Ableger der Ententeregierungen. Sie verwenden ihn und seine pazifistische Maschinerie hauptsächlich zur Verschlebung unbequemer, weil unlösbarer Konflikte. Beweis dafür, seine Entstehung, seine Zusammensetzung, seine Tätigkeit.

Seine Entstehung ist bekannt. Die 32 Regierungen der Regierenden, assoziierten und alliierten Mächte, mit Ausnahme derjenigen Chinas, Amerikas und Ecuador bildeten sich auf Grundlage ihrer Friedensverträge seinerzeit diesen Völkerbund. China ist später beigetreten, Amerika, trotz aller Werbungen, bis zur Stunde ferngeblieben. Außerdem ist Argentinien wieder ausgetreten, dagegen haben sich von den etwa 60 Regierungen, die es in der Welt gibt, noch etwa 10 hinzugesunden. Bis heute ausgeschloffen von der Gemeinschaft sind die Regierungen der früheren Zentralmächte (mit Ausnahme Oesterreichs). Das einzige Volk in der Welt, das überhaupt eine Vertretung als werktätiges Volk schicken könnte, das russische Volk, hält sich fern. Die anderen Völker sind zum Teil „vertreten“ durch ihre bürgerlichen Regierungen, zum Teil überhaupt nicht, wie die besiegten und fast alle Kolonialvölker. Als Ausprägung dazu einige sogenannte Völkervertreter, wie die berichtigten Entente-Lakaien Thomas, Branding usw. Das ist die Zusammensetzung des Völkerbundes, die seine bisherige Tätigkeit und seine Impotenz erklärt.

Welche Macht hat der Völkerbund?

Der Völkerbund darf alle die Fragen „lösen“, die ihm vom Obersten Rat und von der Völkerverammlung zugeordnet werden. Der Widerstand der amerikanischen Regierung gegen den Frieden von Versailles, hat sie abgehalten, den Plummenschanz des Völkerbundes mitzumachen, obgleich seine Schöpfung recht eigentlich der durch Wilson repräsentierten pazifistischen Ideenvelt entsprungen ist. Die Gewaltigen der Entente, die englische, die französische, die japanische und die italienische Regierung, konnten den ganzen Völkerbund deshalb nur mehr verwenden, um den verschiedenen mittleren und kleineren Mächten eine harmlose Vertretung zu gewähren und ihnen umso besser das Mitreden in großen politischen Fragen zu entziehen. Nach wie vor entscheiden der Oberste Rat oder die andere Kombination der Vertreter der großen Entente, die Völkerverammlung, alle bedeutenden Fragen, soweit sie sie entscheiden können ohne die Mitarbeit von Amerika und trotz der bestehenden Gegenfälle untereinander. Der Völkerbund aber zeigt das getreue Abbild der Rivalität der Großen, auch wenn die Vertreter der Kleinen, wie dies im letzten Monat manchmal geschehen ist, vor diesem internationalen Forum auftreten und kläffend sich gegenseitig in den Haaren liegen. Die Wahl des diesjährigen Präsidenten Karnebeck, des holländischen Außenministers, die Wahl des Schiedsgerichts, das über ein Duzend Kuriose Wahlgänge erforderte und ähnliche Zwischenfälle auf der Genfer Tagung zeigten, daß die französisch-englische Rivalität den Völkerbund ebenso beherrscht wie seine übergeordnete Stellen, den Obersten Rat und die Völkerverammlung.

Die unlöslichen Konflikte — dazu bietet der Völkerbund eine glänzende Gelegenheit, werden ihm zur Verschleppung aufgehoben. Er verfügt also nur soweit über Macht, als London und Paris hinter ihm stehen und wenn London und Paris im Gegensatz geraten, zeigt sich seine Machtlosigkeit gleich in aller Radikalität.

Man erinnere sich nur, wie niemand unlängst den Bericht über Oberschlesien im Völkerbundsrat übernehmen wollte, und wie man seither der Entscheidung über diese Frage ausgewichen ist. Erst in den allerletzten Tagen scheint die Einigung von Paris und London gegen Sowjetrußland — man wird nicht schlaggeben, so zu schließen — die Möglichkeit einer Einigung über Oberschlesien auftauchen zu lassen. Wie mit Oberschlesien steht es mit allen Lösungsversuchen des Völkerbundes. In einer einzigen Frage, in der Frage der Ålänndinseln, die er Finnland zuwies, hat er bisher wirklich entschieden, und in dieser Frage offensichtlich — gegen das abgetriebene Selbstbestimmungsrecht. Alle anderen Konflikte bleiben trotz aller Schiedungen ungelöst: so in Europa die Konflikte, die sich scheinbar zwischen Polen und seinem Nachbar, in Wirklichkeit zwischen England und Frankreich in diesen Fragen ergeben. Die Balkanfrage ist trotz allen Völkerbundgeredes über diesen „europäischen Skandal“ nicht um einen Schritt vorwärts gekommen. Die Frage von Ostgallizien bleibt ungelöst, weil die französisch-englische Einigung um die Beute der Petroleumfelder nicht zu erreichen

III. Der kanadische Referent in dieser Frage zog es vor, zur Debatte in Genf nicht zu erscheinen. Sein Bericht wurde verlesen, man ging über ihn zur Tagesordnung. Auch über die albanische Frage, ein Zankapfel scheinbar zwischen Jugoslawien und Griechenland, in Wirklichkeit zwischen den Großmächten, hat er nicht lösen können. Der Völkerverbund wagte sich vorwiegend sogar zu einer Vermittlung im mittelamerikanischen Streitfall. Die ungewöhnlichen Erklärungen der amerikanischen Regierung haben ihm aber bald die Augen geöffnet, wer der Herr über die Geschickungen der mittelamerikanischen Staaten ist. Auch hier war der Versuch unternommen worden, den englischen Petroleum-Interessen durch den Völkerverbund zu dienen. Das dem Völkerverbund gar nicht angehörende Amerika hat ihn aufgegeben gemacht.

Wie im Kleinen bei einzelnen Fragen, so verfährt seine liebendste Tätigkeit im Großen. Eine Kommission, die die Frage der Weltabrüstung bearbeitet sollte, hat einen Bericht zustande gebracht, in dem im wesentlichen erklärt wird, solange die rote Armee existiere — sei der Weltfrieden bedroht. Wenn auch niemand erwartet hätte, daß die Imperialisten sich durch solche Reden gegenseitig zur Abrüstung verleiten würden, dieser Angriff gegen Rußland und seine so bitter nötige Verteidigungsarmee ist doch sogar für den Völkerverbund ein starkes Stück.

Die Anklagen Ransens gegen die Sabotage der Hilfsaktion und die brutale Erklärung des englischen Vertreters Fisher, daß die Regierungen nicht gewillt seien, eine Hilfsaktion für Rußland wirklich zu unterstützen, seien die einzige Einigkeit, die im Völkerverbund besteht, ins rechte Licht. Es ist, wie bei allen Zusammenkünften kapitalistischer Vertreter, die Einigkeit gegen die Revolution.

Noch eins hat der Völkerverbund geleistet: er hat nach der Zahlungsfähigkeit seiner Mitglieder eine Staatenhierarchie aufgestellt. In sechs Gruppen ist eine Art Rangliste zustande gekommen. Der ersten Klasse gehören Frankreich und England an, die über eine Million Franken jährlich dafür bezahlen, der zweiten Japan, Italien usw. In den Passagieren des Völkerverbundes letzter Klasse gehört unter anderem Österreich, dessen Bankrott trotz der Versprechungen der Genfer Sippschaft nicht gestoppt worden ist.

Wozu taugt also der Völkerverbund?

Daß das Proletariat seinen Schwindel aufdeckt, ihn sobald als möglich zum Teufel jage, und die kommunistische Internationale an seine Stelle setze.

Politische Uebersicht.

Entscheidung über Oberschlesien?

Lange genug haben die imperialistischen Großmächte sich mit der Lösung der ober-schlesischen Frage abgequält. Die gegensätzlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen der englischen und französischen Bourgeoisie ließen sich nur sehr schwer mit einander vereinigen. Jedes Schwanken in der weltpolitischen Konstellation förderte neue Teilungspläne für Oberschlesien. Der Oberste Rat erteilte sich als unfähig, auch nur eine vorläufige Entscheidung herbeizuführen. Die ganze Angelegenheit wurde dem Völkerverbund übertragen. Nach Meldungen der französischen bürgerlichen Presse aus Genf soll nun der Völkerverbund zu einem völligen Einvernehmen über die Lösung der ober-schlesischen Frage gelangt sein. Nach Berichten der Korrespondenten großer deutscher bürgerlicher Zeitungen hat die Viererkommission, die sich mit der ober-schlesischen Frage befaßt hat, eine politische Grenze in Aussicht genommen, die ungefähr mit der Spitz-Linie zusammenfällt, aber doch den Deutschen etwas günstiger ist als diese. Die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Oberschlesien sollen berücksichtigt werden. Man denkt daran, Deutschland freie Aus- und Einfuhr Befreiung von Zollabgaben und finanzielle Vergünstigungen zuzugestehen.

Wir sind nach den Erfahrungen, die wir in der ober-schlesischen Frage gemacht haben, auch nicht davon überzeugt, daß das Gutachten des Völkerverbundes, dessen Veröffentlichung man zum Sommerabend erwartet, schon die endgültige Entscheidung der Imperialisten über Oberschlesien bedeutet. Im übrigen würde selbst, wenn der Vorschlag des Völkerverbundes vom Obersten Rat angenommen und verwirklicht wird, Oberschlesien ständig Anlaß zu neuen Zwistigkeiten, Reibungen, ja vielleicht kriegerischen Verwicklungen geben: bei jeder Veränderung der weltpolitischen Lage würden neue wirtschaftliche und politische Kombinationen für Oberschlesien ausstehen, bis die Arbeiter ihr allein entscheidendes Wort gesprochen haben.

Dominicus beschützt die Orgelei.

Der Breslauer Polizeipräsident Liebermann, der wegen seines allzu offenen Zusammenarbeitens mit der Orgelei von seinem Posten entsetzt worden ist, hat bei seiner Vernehmung als Zeuge bei dem Breslauer Kommunistenprozess einige interessante Einzelheiten über die Amisführung des preussischen Innenministers Dominicus mitgeteilt. Man hat Liebermann seinerzeit vorgeworfen, daß er nach der Bekanntmachung der letzten Verfügung über die Auflösung der Selbstschutzverbände an die sächsische Orgelei eine Warnung gerichtet habe mit der Andeutung, welche juristischen Formalitäten sie zu berücksichtigen haben, um keinerlei Gefahr zu laufen. Jetzt erklärte Liebermann unter seinem Eid, daß er diese Warnung auf Veranlassung des preussischen Innenministers Dominicus habe ergehen lassen. Derselbe Dominicus, ein sogenannter Demokrat, erklärte auf dem demokratischen Parteitag für Nordwestfalen, daß es nicht angängig sei, die Anhänger des alten Systems unter den Bewahrern rücksichtslos zu bestrafen. Nur eine Politik der Versöhnung könne die Deutschen für den neuen Staat gewinnen.

Die Politik des „demokratischen“ Ministers Dominicus, der die monarchistischen Beamten schützt und der Orgelei offen Beistand leistet, zeigt klar und deutlich, was für die Arbeiter von einer Koalition mit solchen Elementen zu erwarten seien. Die Unabhängigen haben sich jetzt zu einer Koalition mit den Demokraten bereit erklärt. Die SPD. ist darüber hinaus bereit, mit dem offenen Kollaboranten aus der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten.

Es ist klar, daß eine Befestigung der gegenrevolutionären Gefahr, eine Entfremdung der monarchistischen Beamten nur erreicht werden kann, wenn die Arbeiter den Obersten an die Spitze einer Koalition mit Völkerverbänden ausgeben und sich auf ihre eigene Kraft verlassen.

Breitscheid gibt seine Karte ab.

Bei den gegenwärtig zur Debatte stehenden Koalitionsfragen spielt auch der Kurs der Außenpolitik, den die gegenwärtige deutsche Regierung einhält, eine gewichtige Rolle. Die Deutsche Volkspartei und auch ein großer Teil der Demokraten sind mit der außenpolitischen Einstellung des Kabinetts Wirth-Rathenau nicht einverstanden. Die Politik der Reichsregierung erscheint ihnen zu französischfeindlich. Die Deutsche Volkspartei und der rechte Flügel der Demokraten wünschen einen neuen außenpolitischen Kurs, der sich die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze, die zwischen Frankreich und England bestehen, zunutze macht. Einmal mag bei diesem Verlangen die französischfeindliche Stimmung der Wählermassen der Deutschen Volkspartei sich auswirken; dann aber sind auch sicherlich gewisse wirtschaftliche Interessen, der Stimmestruß, mit im Spiele. Jedenfalls ist es falsch, von Regierungsaussenpolitik zu sprechen. In Deutschland treibt Truist gegen Truist Außenpolitik.

In einem Artikel nun nimmt die außenpolitische Größe der USPD, Herr Breitscheid, Stellung zu diesen Fragen. Sehr flach und durchaus ideologisch. Er verweist sich gegen die Unterstellung, er sei der Vater der illusionär französischfeindlichen Politik des Kabinetts Wirth-Rathenau. Dann wendet er sich gegen den volksparteilichen Abgeordneten Mittelmann, der in dem amtlichen Organ seiner Gruppe erklärt hat, daß an dem aberwähnten Gedanken der Erfüllbarkeit des Ultimatum nicht festgehalten werden dürfe. Er fordert die Anlehnung an den angelsächsischen Mächteblock im schärfsten Gegensatz zu Frankreich. Mit dem gegenwärtigen System, für das vor allem Rathenau, daneben aber auch Wirth verantwortlich sei, müsse endgültig gebrochen werden.

Breitscheid hält eine Verbündung der deutschen Außenpolitik im Sinne der Deutschen Volkspartei für verderblich. Englische Einflüsse seien am Werke. Eine deutsche Politik mit der Spitze gegen Frankreich sei unmöglich. Zumal da jetzt auch unter französischen Politikern im Gegensatz zu Clemenceau Stimmen der Vernunft laut wurden, die eine Ueberbrückung der Klüft

Neist Sowjetrußland!

Proletarische Solidarität der Arbeiterturner.

Die erste Stammenschaft der Spielabteilung der Freien Turnerschaft Erfurt lieferte an das Reichskomitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland 400 Mark ab.

So bleiben die übrigen Arbeiterportvereine, die in gleichem Maße ihre internationale Solidarität und Pflicht gegenüber den Hungernden in Rußland erfüllen?

Die Gemeinden im Dienste der Rußlandhilfe.

Die Gemeinde Sprundlingen überwies dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland 1000 Mk.

Auch die Gemeinde Frebersdorf (Osbahn) überwies oben genanntem Komitee den Betrag von 150 Mk.

Konsumvereine für die Rußlandhilfe.

10 000 Mk. bewilligte der Konsumverein Königberg i. Br. für die Rußlandhilfe. Ein erfreuliches Zeichen dafür, daß auch in den Genossenschaften allmählich das Verständnis für die Notwendigkeit der Unterstützung der Hilfsaktion im Steigen begriffen ist.

Die Konsumgenossenschaft „Thüringen“ in Jena bewilligte für die Rußlandhilfe 7500 Mk.

zwischen Frankreich und Deutschland für die Zukunft als durchaus dem Bereich der Möglichkeit liegend erscheinen lassen. Und dann entwickelt Herr Breitscheid wieder sein bekanntes außenpolitisches Programm:

Wir verlangen nichts anderes, als daß Deutschland sich auch weiter mit voller Ehrlichkeit um die Erfüllung des Friedensvertrages bemüht. Wir hoffen von der Einsicht der Franzosen, daß sie schließlich die Unmöglichkeit der uns auferlegten Bedingungen erkennen, aber dieser Prozes würde nur erschwert werden, wenn in Paris der Einbruch entstände, daß Deutschland seine Zuerück auf antifranciaische Schemen in London lege. Alles spricht gegen einen Wechsel des bisherigen Systems, und aus diesem Grunde haben wir alle Anlaß, der „neuen Koalition“ mit dem größten Mißtrauen entgegenzusehen.

Herr Breitscheid gibt seine Karte ab. Er macht sich zum Interpret der außenpolitischen und wirtschaftlichen Wünsche eines Teiles der deutschen Großbourgeoisie. Auch der Außenminister Wirth wird mit ein Spielball der verschiedenartigen außenpolitischen Interessen der deutschen Industrie-touren sein, und für die Interessen des Proletariats kaum etwas Gedeihliches schaffen können.

Rebellion in der SPD?

Trotz aller Klängen der Parteiführer, die sich für die Göttinger Beschlüsse einsetzen, nahm die Frankfurter resolutionspolitische Generalversammlung nach erweiterter Debatte während zweier Abende eine Resolution an, in der sie ihren Delegierten, die auf dem Parteitag der Opposition angehört, ihre Klagen ausbrach und Fortsetzung der Oppositionspolitik verlangte:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Rechten und ihrer Haltung auf dem Parteitag einverstanden. Sie verlangt von der Parteileitung und der „Vollkommission“ die konsequente Fortsetzung ihrer bisherigen Politik.“

„Aus den Vorgängen in den Versammlungen berichtet der „Vorwärts“:

„Rebellen Karlwald wandte seine Kritik in der letzten Versammlung von der Erhebung der Fahne der Rebellion wesentlich ein. Er will nicht sehen haben, daß er die Fahne der Rebellion gegen die Parteileitung erheben wolle, sondern gegen den Parteivorstand, wenn er die Bedingungen für eine demokratische Koalition nicht richtig darlegt.“

„Aus München berichtet der „Vorwärts“:

München, 4. Oktober. Hier wurde in der Generalversammlung der Sozialdemokratischen Vereinigung folgende Resolution beschlossen:

„Der Sozialdemokratische Verein München nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Verlauf des Parteitag. Er erklärt in den Beschlüssen die unermessliche Konsequenz der innen- und außenpolitischen Linie. Die Versammlung begrüßt das Bedauern des Parteivorstandes, auf der Grund-

lage dieser Forderungen in erster Linie die USPD. zur Regierung heranzuziehen. Sie verlangt die Wahrung der Geschlossenheit der deutschen Arbeiterklasse.“

Der Beschlusfassung ging eine lange erregte Debatte voraus, die im wesentlichen von Gegnern der Göttinger Beschlüsse geführt wurde. Die Resolution des Vorstandes fand nicht die Billigung der Versammlung. Erst nach eindringenden Worten des Genossen Auer, der für seine Person scharfe Kritik an der zeitlichen und politischen Zweckmäßigkeit des Göttinger Beschlusses übte, wurde die oben abgedruckte Entscheidung angenommen.

Der internationale Weismann.

Neue Enthüllungen Radeks.

Radek schreibt in „Pravda“ nochmals über die deutschen Spitzel und das englische Auswärtige Amt. In der Berliner weißgardistischen russischen Zeitung „Bremja“ erschien am 13. ein Artikel unter der Ueberschrift „Diebstahl aus dem Kram“. Darin wurde erzählt, daß ein letzter Kommunist namens Werner wichtige Geheimdokumente von dem Jubiläumstag der Dritten Internationale gestohlen hätte. Darunter sei ein Bericht der Rede Lenins gewesen, in dem er den vollen Bankrott der Führer der Dritten Internationale nachgewiesen hatte, welche Rede unter den Delegierten mit einigen Ausnahmen entschieden Protest hervorgerufen hätte, und unter den Teilnehmern Spaltung hervorrief. Die Opposition habe Werner beauftragt, die Rede Lenins sowie noch andere seiner Schriftstücke gegen hohe Belohnung zu stellen. Dieser Diebstahl und die Möglichkeit des Bekanntwerdens der Spaltung hätte in der russischen Presse große Erregung hervorgerufen. Für die Rückgabe des Dokuments soll eine große Belohnung ausgeschrieben werden.

Es lohnt sich nicht, mitzuteilen, daß „Istwestia“ nie von einem solchen Diebstahl berichtet, denn er hat nicht stattgefunden. Es lohnt sich auch nicht, mitzuteilen, daß in der Komm. Intern. niemals ein Werner gearbeitet hat, und daß er daher nicht helfen konnte, wenn diese Spitzelnötigen nicht mit der Note Lord Curzons in Verbindung ständen. Im englischen Auswärtigen Amt wird eben auf diesen mißglückten Werner hingewiesen als Quelle der Informationen Lord Curzons. Darum schlagen wir der englischen Regierung vor, um diese Originaldokumente zum Vergleich mit der „Diskinformation“ zur Verfügung zu stellen, die die eigentliche Quelle der englischen Spionage ist. Schließlich können wir noch tatsächlich existierende Leute nennen, die für diese Fälschung verantwortlich sind. Das sind zwei baltische Barone, Reutenfeld, der 1918 als Vertreter der Baltik mit der deutschen Kommission in Rußland war, und Baron Uexküll. Zur Verbindung dieser beiden mit dem Auswärtigen Amt in Berlin diente der baltische Baron Fersen. Mit dem Ministerium des Innern war Reutenfeld persönlich und durch den Oberst Baron Weismann verbunden. Lord Curzon kann nicht klagen, daß wir mit Informationen geizen.

Weber die Regierung, noch Weismann haben irgendeinen Ton zu unseren Enthüllungen geäußert.

Werden sie weiter schweigen?

Brauchen sie noch Material?

Wir kommen wieder, obwohl wir der Ansicht sind, daß das Vorhandene genügt, um ein eindeutiges Urteil über Herrn Weismann zu fällen. Aber in dem Reich der deutschen Bourgeoisie ist alles möglich.

Stahlhelm-Feier in Erfurt verhindert.

Am Sonntag sollte in Erfurt eine Fahnenweihe des „Stahlhelms“ stattfinden. Die drei Arbeiterparteien riefen darauf zu einer Gegen demonstration. Die Stahlhelm-Veranstaltung wurde von der Regierung verboten. Die Arbeiter demonstrieren und hoben ein „Stahlhelm“-Kreuz auf, wobei den „Stahlhelm“-Männern Waffen, Fahnen, Losschläger und Gummiknüppel abgenommen wurden und eine Anzahl von ihnen verprügelt wurden. Nach der Demonstration wurde bei einem Zusammenstoß mit der Schupo ein Arbeiter tödlich durch einen Schuß verletzt.

2 Programmreden der französischen Bourgeoisie.

Bei der Enthüllung seines eigenen Denkmals in Sanct Germain, dem Orte, wo er seine Kindheit verlebte, hat Clemenceau eine Rede gehalten, in der er sich gegen die augenblicklichen Nachhaher in Frankreich wendet und eine scharfe Politik gegen Deutschland fordert. Obgleich Clemenceau erklärt hatte, er wünsche, daß jede politische Bedeutung der Zeremonie fern bleiben solle, ist sie durch den Inhalt seiner Rede zu einer Art Programmrede und Kampfansage gegen die Regierung Briand geworden, die die Erfüllung des Friedensvertrages durch „Verständigung“ mit dem kapitalistischen Deutschland sucht. In Clemenceaus Rede bieten sich die Reaktionsäre Frankreichs den Amerikanern als Verbündeter für die Auseinandersetzung mit England und Japan an. Gleichzeitig richtet sich aber der Tiger drohend gegen die Regierung Briand, weil sie bisher für Frankreich nicht das herausgeholt habe, was man verlangen konnte. Wenn Clemenceau weder Briand noch die Engländer namentlich erwähnt hat, war doch der Sinn seiner Sätze nicht mißzuersehen.

Die französische Presse erblickt nicht mit Unrecht in dem Auftreten Clemenceaus ein Anzeichen seiner Wiederkehr ins politische Leben. Die tiefere Bedeutung des Wiederauftretens Clemenceaus liegt darin, daß es zeigt, wie die Sammlung der unversöhnlichen französischen Gewaltpolitiker weiter Fortschritte macht, da trotz aller Besessenen der deutschen Demokraten und Sozialpatrioten die Bedingungen des Friedensvertrages auf Kosten der deutschen Arbeiter zu erfüllen, der wirtschaftliche Bankrott Frankreichs ständig weitere Fortschritte macht. Von der dauernden Krise, in der sich das französische Finanzamt befindet, haben wir des öfteren berichtet.

Gleichzeitig ließ sich der französische Vertreter im Völkerverbund, Kollmeire, anläßlich der Abrüstungsdebatte hören und hielt zum Unterschied von Clemenceau eine scheinbar sehr verständliche Rede. Man wisse heute noch nicht, ob in Deutschland die parlamentarisch-demokratische oder die militaristisch-reaktionäre Richtung den Sieg davontragen würde. Die demokratischen Kräfte des Völkerverbundes müßten die deutschen Demokraten unterstützen in ihrem Kampfe. Solange aber die Ungewißheit über den Ausgang des Kampfes besteht, müsse Frankreich geduldet werden.

Von den beiden Reden ist diejenige Clemenceaus die ehrlicher, weil sie die wahre Stimmung der französischen Bourgeoisie anbringt. Sie zeigt das wahre Gesicht der unerbittlichen Gläubiger nach dem Recht der Friedensverträge der Sieger. Eine „moralische Abrüstung“ von der Kollmeire gesprochen hat, gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft nicht. Alle diese Phrasen, wären sie auch gut gemeint, können nicht hinwegtäuschen über die zwangsläufige Notwendigkeit der fortwährenden Kämpfe. Solange der Kapitalismus und seine imperialistische Weltordnung herrschen, werden die Clemenceaus immer das letzte Wort haben, weil es zu guter Letzt keine andere Unterstützung der Konflikte gibt als mit Gewalt, deren bestmögliche Vertreter sie sind.

Gewerkschaftliches.

ADGB. und der Görliker Parteitag.

Die Beschlüsse der SPD. in Görlik finden in der gesamten deutschen Gewerkschaftspresse ein lebhaftes Echo. Wie nicht anders zu erwarten war, sprechen sich fast alle Verbandszeitungen lobend über die „hohe Einsicht“ des Parteitages aus, die Koalition mit Stinnes liegt auch ganz auf dem Wege der arbeitsgemeinschaftlichen Politik, die von den reformistischen Gewerkschaftsführern seit Jahren verfolgt wird.

Seit Bestehen der Kommunistischen Partei hat diese in ihrem Programm und in all ihrer öffentlichen Agitation keinen Zweifel darüber gelassen, die bestehenden Gewerkschaften mit dem Geiste des Kommunismus zu durchdringen. Es waren aber gerade die Gewerkschaftsführer und ganz besonders die Herren vom ADGB, die der SPD. und allen kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern wegen dieser Stellungnahme schwere Vorwürfe machten. Die Gewerkschaften seien neutral, wurde bei jeder Gelegenheit betont, sie dürfen unter keinen Umständen von irgend einer außenstehenden Partei beeinflusst werden und wer gegen diesen Grundsatz handle, der sei ein Gewerkschaftsfeind. Und noch auf der Generalversammlung des ADGB. in Jena hat man den Kommunisten jeden Sitz im Vorstand verweigert mit der Begründung, daß die von ihrer Partei aufgestellten Richtlinien unüberträglich mit den Interessen der Gewerkschaften unvereinbar seien. Wir haben bei allen den gegen uns gerichteten Verdächtigungen und Verdrehungen immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, daß die beiden anderen Parteien, insbesondere die SPD., ihren ganzen Einfluß in den Gewerkschaften geltend machen. Dieser unserer Einwand wird nun anläßlich des Görliker Parteitages aufs Neue bekräftigt.

Das „Korrespondenzblatt“, das Organ des ADGB., beschäftigt sich in zwei Leitartikeln, „Republikanische Politik“ vom 24. September und „Das Görliker Programm der SPD.“ am 1. Oktober mit Görlik in einer Art und Weise, das den Widerspruch aller nichtrechtssozialistischen Arbeiter geradezu herausfordert. Beide Artikel, in denen das neue SPD.-Programm und die Verbrüderung mit Stinnes in den höchsten Löhnen gepriesen wird, sind ganz in dem Stile gehalten, als ob die Gewerkschaften nur eine Filiale der SPD. wären. In seiner Freude, daß das „hemmende“ Erfurter Programm beseitigt und ein neues geschaffen wurde, in dem der Klassenkampf nur noch in Gestalt einer „stillschwebenden Forderung“ vertreten wird, drückt das „Korrespondenzblatt“ das neue Programm wörtlich ab. Einleitend schreibt es dazu einige Worte, die sich alle kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder fest einprägen müssen. Es heißt so:

„Das Görliker Programm bildet eine wichtige Etappe in der Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und in Anbetracht der engen Verzahnungspunkte, die gewerkschaftliche und politische Wirksamkeit miteinander haben, halten wir es für nützlich, es unseren Lesern im Wortlaut zur Kenntnis zu bringen.“

Was hier ausgesprochen wird, ist sicher nichts Neues, aber es ist eine offizielle Bestätigung dessen, was wir in bezug auf den Einfluß der Rechtssozialisten auf die Gewerkschaften immer behaupteten. Unverkennbar wird diese Tatsache noch durch folgenden Satz in dem SPD.-Parteiprogramm selbst:

„Die (die SPD.) führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß es das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie internationaler Gemeinschaft, in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.“

Nachdem also in Görlik ausdrücklich der Grundsatz des Klassenkampfes aufgegeben wurde, nachdem weiter das Bündnis mit Stinnes offiziell beschlossen wurde, und nachdem nun, wie durch obige Zitate erwiesen, diese Stellung-

nahme mit Hilfe der Partei- und Gewerkschaftsführer auch reiflos in den beruflichen Arbeiterorganisationen zum Durchbruch kommen soll, haben die Kommunisten nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, in den Gewerkschaften mehr als bisher den kommunistischen Standpunkt zu vertreten. Ganz abgesehen, daß durch die offene Parteipolitik des ADGB. auch der letzte Einwand gegenüber der kommunistischen Betätigung in den Gewerkschaften hinfällig ist, wird die Tätigkeit der Kommunisten von vielen Tausenden von Arbeitern, die über den Pakt mit Stinnes empört sind, mit Freuden begrüßt werden. Tut jeder Parteigenosse seine Pflicht, dann wird das Ergebnis von Görlik sein: wachsender Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Das Gesamtergebnis der Werftarbeiterabstimmung.

Die Urabstimmung über den Schiedspruch im Bezirk Nordwest hatte folgendes Ergebnis:

	für Annahme	für Ablehnung
Es wurden abgegeben		
in Bremen	2130	1573
in Bremerhaven	3794	1744
in Emsbörden	496	370
in Emden	93	480
in Friesland	810	68
in Hamburg	4552	4492
in Kiel	7145	6638
in Lübeck	509	1371
in Osterholt-Scharnebeck	122	29
in Rendsburg	110	380
in Rostock	870	581
in Stettin	4540	2528
in Tönning	278	47
in Vegesack	1632	1248

Im ganzen wurden für Annahme 27081 und für Ablehnung 21489 Stimmen abgegeben. Es ist somit für den Spruch eine Mehrheit von 5592 Stimmen erzielt worden.

Lohnkämpfe und Streiks im Reich.

Die Transportarbeiter Göttingens sind am 30. September in den Streik getreten.

Die Transportarbeiter Braunschweigs haben am 3. Oktober wegen Lohnunterschieden einstimmig den Streik beschlossen.

Der Streik der Berliner Gastwirtschaftsangehörigen wird in vollem Umfange weitergeführt. Am Montag nachmittag fanden Massendemonstrationen statt, an denen sich 25000 Streikende beteiligten.

Streik der Thüringer Porzellanarbeiter. Infolge Lohnstreitigkeiten sind 1400 Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen ausständig.

Lohnbewegung der württembergischen Bauarbeiter. Die Bauarbeiter Württembergs stehen in einer großen Lohnbewegung. Zum 30. September war der bestehende Tarif gekündigt worden; die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifes führten nicht zum Ziel, die Unternehmer lehnten jede Lohn-erhöhung ab. Schließlich wurde ein Schiedspruch gefällt, der den Forderungen des Arbeiterunannehmbar war. Eine Konferenz aller am Tarifstreik beteiligten Organisationen aus ganz Württemberg lehnte einstimmig den dort gefällten Schiedspruch ab und der Bauarbeiterverband ruft die Bauarbeiter ganz Württembergs auf, überall den Schiedspruch abzulehnen und sich zum Kampfe bereitzuhalten.

Lohnbewegung in der deutschen feintextilen Industrie. Die Arbeiter in der feintextilen Industrie ganz Deutschlands forderten eine Erhöhung der Löhne. Das daraufhin gemachte Angebot der Unternehmer lehnten sie ab. Die Verhandlungen sind bisher gescheitert, so daß für die gesamte Arbeiterschaft der Feintextil eine tariflose Zeit hereingebrochen ist. Die Unternehmer haben das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung angerufen.

Die Höpfer Arbeiter gegen den Verschlauungsbeitrag der Unternehmer. Die Abstimmung der Höpfer Farbwerf- und Färbereiarbeiter über die Vereinbarung mit den Unternehmern, die auf eine Niederbrückung der Arbeiterschaft hinauslaufen, ergab eine überwältigende Mehrheit für Ablehnung dieser Vereinbarungen. Als vorläufiges Resultat hat sich ergeben, daß 5880 mit nein und 648 Arbeiter mit ja stimmten. Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 60 Prozent.

Preussischer Landtag.

10 Millionen Mark Liebesgaben für das Kapital.

Der Preussische Landtag legt in seiner Dienstagssitzung die Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung fort. Auf Antrag des Genossen Raab wird die Große Anfrage der kommunistischen Fraktion über die Entlassung der gesamten Belegschaft der Höpfer Farbwerke und die Betriebsstilllegung der Elektronwerke Griesheim mit auf die Tagesordnung gesetzt.

Als erste Rednerin spricht die Genossin Lubetow: Wir haben durch unseren Antrag auf 6 Uhr-Zabenschluß den Minister für Handel und Gewerbe Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß er nicht nur für das Kapital, sondern auch einmal für die Arbeiter- und Angehörigen etwas tun will. Trotzdem aber die Berliner Stadtbereitschaftenversammlung und der Berliner Polizeipräsident sich dieser alten Forderung der Angestellten angeschlossen haben, hat der Minister es bis jetzt noch nicht fertiggebracht, diesem Wunsche nachzukommen. Aus den Berichten der Gewerbetreibenden geht hervor, wie wenig für die Interessen der Arbeiter in Handel und Gewerbe getan wird. Für die jugendlichen Arbeiter besteht bis heute noch kein Achtstundentag. Die geringen Strafen von 3 bis 60 Mark, die in wenigen Fällen gegen die Ueberschreitung des Achtstundentages für jugendliche Arbeiter verhängt worden sind, können nur als eine Aufmunterung zur Ausbeutung der jugendlichen angesehen werden. Wir haben beantragt, die Ausgaben für den Kommissar an der Börse vollkommen zu streichen, da auch dieser nicht in der Lage ist, gegen die Valutaspekulation einzuschreiten, sondern nur als Beschützer für die Börsenspekulation dient.

Weiter ist im Haushalt ein Ausgabenposten für einen Beschäftigten mehr enthalten. Es ist sehr merkwürdig, daß im dem Augenblick, wo weniger Waffen da sein sollten, sich die Privatindustrie so sehr darum bemüht, die staatlichen Waffenfabriken aufzulösen und in ihnen Waffen herstellen zu lassen. Es muß daher verlangt werden, daß die Stelle als Beschäftigter gestrichen wird und vor allen Dingen muß festgestellt werden, was für Waffen und zu welchen Zwecken sie in diesen privaten Anstalten angefertigt werden. Alle Parteien des Ausschusses haben ferner einer Ausgabe von 10 Millionen Mark für den Ausbau von Werften zugestimmt. Das ist eine glatte Liebesgabe an das Industrie- und Handelskapital. Wir müssen verlangen, daß die Werftausgaben von Industrie und Handel selbst getragen werden. Es muß aber vor allen Dingen festgestellt werden, daß dieser Ausgabeantrag mit Hilfe der Sozialdemokraten angenommen wurde. (Hört, hört! links.) Wir haben weiter beantragt, solange die Einheitschule nicht verwirklicht ist, das Fach, Fortbildungs- und Gewerkschulwesen weiter auszubauen und kein Schulgeld dafür zu erheben.

Der Abgeordnete Ehrlich (USP.) wendet sich gegen die indirekten Steuern. Ueberarbeit und Ausnutzung der Arbeiter muß noch mehr als bisher bekämpft werden. Mit dem Krebschaden des Schiebertums und der Devisenspekulation muß aufgeräumt werden. Der Abgeordnete Dr. Grund (Dem.) fordert eine Wirtschaftspolitik, die vor allen Dingen den Wirtschaftsbeziehungen nach den Ostländern Rechnung trägt. Der Abgeordnete Polzammer (Wirtsch. P.) bepricht den Fall Raabardt und weist Vorwürfe gegen das Handwerk zurück. Abgeordneter Mohrbutter (Wesf.) tritt für größere Zuschüsse für die Kleinbahnen ein.

Abgeordneter Brückner (Soz.): Die übermäßigen Gewinne der Aktiengesellschaften, die vielfach durch Bilanzverschleierungen verdeckt werden, sollten dem Staate verfallen. Besonders hoch sind die Gewinne der chemischen Industrie, wozu auch die Werke in Oppau und Höchst gehören. Das Oppauer Unglück muß Veranlassung geben, nachzuprüfen, ob auch alle Schutzmaßnahmen in der chemischen Industrie angewandt werden. In der Ausperrung in den Höpfer Farbwerken, durch die 15000 Arbeiter betroffen sind, muß das Ministerium sich bemühen eine für beide Teile befriedigende Verständigung herbeizuführen. Der Staatskommissar an der Börse muß erhalten bleiben, aber er muß sein Aufsichtsrecht scharf gebrauchen. In die Landesausmittlungsstellen müssen unter allen Umständen Arbeitervertreter hinein, damit die Aufträge dahin geleitet werden, wo die meisten Arbeitslosen sind. Unsichere Experimente mit Sozialisierung und Kommunalisierung lehnen wir ab. Betriebe wie der Bergbau müssen aber endlich im Interesse des Staates verwaltet werden. Der angeblich bevorstehende Preisabbau ist durch die Höhe der Getreidepreise wieder hintertrieben worden. Nur eine unmittelbare Einwirkung der Arbeiter auf den Produktionsprozeß kann der Weiterverteuerung der Lebenshaltung Einhalt tun.

Rußland und wir.

Meine Freundin, eine russische Genossin, erzählt uns von Rußland. Ich weiß, sie liebt Deutschland, es ist ihr eine geistige Heimat geworden in Jahrzehnten. Ich weiß, sie hängt an Frankreich, sie bewundert, sie liebt Paris, wo sie lange lebte. Aber immer, wenn sie von Rußland spricht, fühle ich: um Rußland zittert ihre Seele, um Sowjetrußland. Aber das Rußland Sowjetrußland werden konnte und mußte — es hat natürlich ökonomische Ursachen, und diese waren auch die Voraussetzung dafür, daß die Gesellschaft, daß die Menschen in ihrem Menschlichen so geraten sind, daß dort sich der Sowjetstaat verwirklichen konnte — aber nun, daß dies so kommen mußte, daß hier die Welt aus den Angeln gehoben werden konnte, auch kraft des menschlichen Fühlens und Erlebens und des daraus geborenen Willens, das begreife ich immer besser, je mehr diese Russin mir erzählt. Sie erzählt gar nichts Weltbewegendes — ganz einfach ihre Erlebnisse. Aber ich fühle dabei ihr Herz pochen, bis es eine Flamme wird. Ich selbst komme mir dann arm dagegen vor. Ich fühle, daß ich mein Leben lang bei diesen Deutschen hier wie in einer Dürre gelebt habe. Ich war nicht drüben in Moskau und kann nichts von der goldenen Stadt berichten. Aber ich habe mich immer gewundert, daß die deutschen Genossen, die von dort zurückkamen, nicht aus vollem Herzen erzählt haben. Ich weiß, woran es liegt: sie wissen nicht zu erleben. Wie soll ich das sagen? Ich seh' Ihr, Genossin, Ihr wißt auch hier nicht zu erleben, wißt nicht Euch Erlebnisse zu gestalten, weil Ihr nicht wißt, daß Ihr es selbst seid, die das Erleben machen müssen.

Da kam meine Freundin gestern aus Leipzig zurück vom Kindergruppenkongress. Nun, gut war alles! Gut besucht aus allen Teilen des Reiches. Unter den jugendlichen prächtige Genossin! Gute Referate! Aber doch — irgend etwas fehlt: Der Kontakt, das im Herzen Lebendigverbundensein. Dies sind Worte. Es war eben anders als in Rußland so ein Kinder- tag sein würde: ein Fest! Die Kinder hoch! Hier war kein Fest. Das war's. Wie konnte unter Genossen bei uns einer dem andern etwas schenken — wie könnten wir erwachsene Genossen den Kindern etwas schenken! Nein, das gibt es nicht, wir haben die Schule der faulen deutschen Bourgeoisie, wo jeder nur an sich denkt, in den Knochen. Das ist unser Fluch! Auch der Prolet ist so — ist so, wenn er auch hungert. Da kommen die Kinder herein in den Saal! Die Kleinen: mit ihren rührenden Fähigkeiten: natürlich selbigenmachten! (Man kann sie wohl nicht küssen.) Aber der Sowjetkern braucht schiefzackig, unbeholfen in der Ecke oder heimlich in der Mitt'. Aber rot ist er und leuchtet! Und es leuchten die Augen: wach ein Fest! Wir können! Wir tragen die Fahnen! Nimmt niemand Notiz davon? Der Redner am Pult redet rührend sein stolzes Referat — unerschütter — es ist so grau wie das Leben der Proletarier selber. Die Ständerben vergessen, der

Stuhl hingegeben, warum sie kamen aus allen Himmelsrichtungen: die Kinder! Da sind sie ja leibhaftig! Seht Ihr sie nicht? Und sie möchten solchen Eindruck machen, die Kleinen! — Keiner nimmt Notiz! In Rußland würde das ganz anders sein, da würde alles begeistert aufstehen! Die Kinder! Und die Internationale! So würde man sie begrüßen! Ein Jubel würde sein!

Hier in Deutschland muß ein Genosse Euch erst dirigieren: Auf! Auf! Internationale singen! Ungebuldig hebt er die Arme, daß auch alle sich erheben. Und dann singt Ihr sie — ja, wie ein Kirchenlied, nur das Gesangbuch fehlt Euch dabei! So seid Ihr auf das Gegängelwerden dressiert und jeder Initiative bar! Ich weiß, es ist nicht Eure Schuld. Das System Preußen, das fluchwürdige, der Drill durch Generationen, das Bourgeoisystem der ewigen Bevormundung, das ewige Auf! haben Euch verborben, haben Eure Fähigkeit zu fühlen, selbst zu erleben, das Eure, Euer heißes Leben, Euch erstickt. Das sollt Ihr wissen. — In Deutschland ist alles fühllos, kalt, gemacht und äußerlich. So lebte der Bourgeois samt seiner Kunst mit seinen prunkenden Festen jahreslang, und so lebte und lebt der Prolet nach seinem Vorbild, mehr oder weniger unbewußt seinem Einfluß preisgegeben, mit seinen arbeitsigen Kunstwerken, seinen bürgerlichen „Festen“, die um so viel barbarischer sind, als ein Fest der Bourgeoisie, als der Geldbeutel des Proleten kleiner ist.

Und in Rußland? Wieo ist's denn dort anders? Gab es in Rußland etwa keine Bourgeoisie? Ich war nie drüben. Aber ich weiß natürlich, daß es dort auch Bourgeoisie gab. Diese Bourgeoisie dort waren aber doch ein wenig anders als bei uns. Sicher weiß ich das erst, seitdem meine Freundin mir hin und wieder von Rußland erzählt. Natürlich erzählt sie nicht etwa Selbentaten von dem verflochtenen Bourgeois dort. Sie erzählt, was sie erlebte. Entsetzlich Trauriges und Rieberschmerzliches und auch Schönes. Ich will ein andermal davon Einzelheiten berichten. Das, was mich dabei jedesmal ergreift, ist, wie sie es erlebt und erzählt. Ich kenne Rußland nicht. Nur die russische Literatur, Bourgeois-Literatur kenne ich. Und da sehe ich: so wie diese russische Genossin erlebte, so fühlte und litt auch die russische Bourgeoisie. Ja, dort litt auch die Bourgeoisie. Das gab es bei uns nicht. Das Rußland des Jaren war für sie nicht die beste aller Welten, wie das Deutschland Wilhelm's für die deutsche Bourgeoisie. Das war nicht Schuld des Jaren und Serbiens Wilhelm's. In diesen verschiedenartigen Zuständen kommen nur zum Ausdruck verschiedene ökonomische Zustände: die wirtschaftliche Rückständigkeit der russischen Bourgeoisie gegenüber der zum Hochkapitalismus und Imperialismus entwickelten deutschen Bourgeoisie. Der wirtschaftlichen Rückständigkeit in Rußland entsprach politisch als Herrschaftsform der Absolutismus, und unter diesem Rautenregiment hatte auch die Bourgeoisie nichts zu lachen, sie hatte kein Eldorado, sie litt. Da-

si durfte keine Opposition machen, ohne gestraft zu werden. Die Kerkern waren angefüllt und nicht nur von Proletariern und Sozialisten. Daß sie aber litt, durfte sie nirgends sagen, als in der Literatur, durch den Mund ihrer lebendigfühlenden Künstler. Deshalb ist die russische Literatur so reich, so warm und so tief. Sie ist das soziale Gewissen, das innigste Leben, und alle seine Schwere spiegelt sie wieder und den Reichtum eines ganzen Volkes, seine wilden Schönheiten und Leidenschaften, seine tiefen Qualen und Leiden.

Es kann uns deutschen Kommunisten nur gut tun, wenn wir uns in diese russische Literatur und Kunst vertiefen, und nicht nur in die revolutionäre. Wir wollen uns mit dem russischen Volk verbrüdern und können es nicht, kennen nicht seine Seele, seine Art zu erleben. Rußland ist uns ein fernes, kolossales Reich voller Wunder und Fremdbheiten. Wenn wir Rußland helfen wollen — nicht nur in der Kinderhilfe, in der Hungerhilfe, sondern durch volle Solidarität des Kampfes, dann müssen wir Rußland lieben lernen. Wir können nicht alle hindurchgehen! Aber seine Literatur ist so reich und wer sollte nicht erschütterter werden und diesem Volk seine Seele schenken, seine Liebe, diesem Volk, aus dem „Der Traum eines lächerlichen Menschen“ geboren wurde mit der wunderbaren Zukunftsvision, die nun verwirklicht werden soll; dem Volk der Karamasoff, der wilden Schönheit in Gogol's Novellen und dem jungen lachenden Tschekow, der später sich ganz der Melancholie der russischen Seele hingibt, und so vieler anderer. Ist es verständlich, daß dies Rußland mit seiner reichen, liebenden Seele meiner Freundin teuer ist, daß ihr Herz zittert um dies Rußland, das Sowjetrußland werden konnte? Ach, ich kenne keinen deutschen Genossen, der so um Deutschland zittert. Aber darum laßt uns auch, Deutsche, um Rußland zittern, um Sowjetrußland, dessen Stern auch uns zu voller und lebender Entfaltung unseres Lebens leuchtet.

Und, Genossen, noch eins: Wenn Ihr keine Zeit habt, das russische Volk aus seiner Literatur kennen zu lernen — nun so bleibt auch noch etwas anderes, das zu uns Ihr vielleicht bis jetzt vergessen habt! Macht die Augen auf! Seht Eure Herzen einen Stolz und öffnet Eure Seelen, daß Ihr begreift — aber mitleiden müßt Ihr, um zu begreifen! — was in Rußland seit 1917 geschah. Daß Ihr begreift und ganz Euch hineinwendet in das Werk, das Eure russischen Brüder auf sich genommen haben. Stellt Euch doch vor, was dort geschah. Eine Welt wurde geführt, eine neue geboren. Aus dem Chaos jahreslangelanger Kriege, denn vergeht nicht, Rußland hatte Krieg durchzumachen ein Jahrzehntlang schon vor dem Weltkrieg. Und nun hat es die Kraft, aufzubauen. Der Kontinentalrevolution der ganzen Welt zum Troste leuchtet der Sowjetkern. Tausendmal ist es Euch gesagt worden, aber ist es Euch recht tief in die Gedächtnis gebrungen? Sind Eure Herzen davon lebendig geworden? Ach, wie wünsche ich, daß Ihr endlich einmal das Schicksal Eurer Herzen prüfen müßt für Sowjetrußland!

Breslauer Nachrichten.

Arbeiterkern auf den Plan!

Vom Verbands der Gemeindefreier wird uns geschrieben:

Schreiende Notstände scheinen sich in den städtischen Volksschulen zu entwickeln zu wollen. Während man bisher dort die Reinlichkeit als der Güter höchstes betrachtete, die in der Vorkriegszeit außerordentlich zur Bekämpfung der Tuberkulose beitrug, scheint man jetzt von dieser vielgerühmten deutschen Tugend abzuweichen und polnische Wirtschaft einführen zu wollen. Auch in der Zeit der Revolution wurde von diesem Reinlichkeitsprinzip nicht abgewichen. Anders dagegen wird es nach dem 1. Oktober werden. Aus Sparmaßregeln wird die Summe, die bisher für die Reinigung der Schulen ausgegeben wurde, auf die Hälfte, bis ein Drittel des gezahlten Betrages herabgesetzt, wodurch ein großer Teil der Schulaufreimerinnen entlassen werden muß und die Schulzimmer nur alle 2 bis 3 Tage gereinigt werden. Dies hat in der heutigen Zeit, wo die Tuberkulose infolge der Unterernährung in entsetzlicher Weise unter den Proletariatskindern wütet, ein weiteres Anwachsen dieser Seuche und anderer Krankheiten zur Folge. Die Ungezieferplage, von der die Lehrerschaft ein Lied singen kann, muß dadurch weiter überhand nehmen und die Kinder, die auf der einen Seite gespart werden, müssen für Desinfektion, Entlausung usw. ausgegeben werden. Was sagen die Arbeiterkern dazu, wenn an maßgebender Stelle der Anspruch getan wird, der Magistrat könne dann das für Reinigungszwecke ersparte Geld den Lungenheilstätten zuführen? In unverantwortlicher Weise soll hier mit der Volksgesundheit gewälzt werden. Ein weiteres Uebel ist die Arbeitslosigkeit. Sie nimmt mit Beginn des Winters in großem Umfange zu. Die Arbeitslosenhilfe wird dadurch weiter belastet. Dies scheint der Schulverwaltung das Gewissen nicht groß zu belasten. Nüchternslos weist man weiter Hunderte von Frauen, zum großen Teile Witwen, auf Straßensplaster. Recht sonderbar ist es auch, daß man die neue Einrichtung nur in den Volksschulen trifft, während die höheren Schulen weiter als Stätten der Sauberkeit gelten dürfen.

Arbeiterkern! An Euch ist es, ein so unverantwortliches Treiben mit der Gesundheit unserer Kinder zu verhindern!

Wo sind die sozialdemokratischen Stadträte, wo war die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit, die zugeben konnte, daß die Reinigungskosten so herabgesetzt werden konnten? Die Sozialdemokraten geben sich immer aus als die Freunde der Arbeiter und dulden, daß die Kinder der Arbeiter Läuse und Tuberkulose bekommen, während die Reichen sich wohl fühlen in sauberen Wäscen und sauberen Räumen.

Wahrlich, es ist kaum möglich befehle mit dieser sozialdemokratischen Stadtverwaltung.

Provinznachrichten.

Tarifbrüchige Großagrarier.

Ein trauriges Kapitel von den wirtschaftlichen Zuständen, unter denen die Landarbeiter zu leiden haben, entrollte eine unlängst stattgefundene Sitzung der Schlichtungshilfe zu Landeshut. Mühsam doch diese Instanz angerufen werden, um den ohnehin den heutigen Verhältnissen nicht im geringsten angepaßten tariflichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Und wiederum sind es nicht etwa die kleinen Landwirte, welche sich tarifbrüchig gemacht hätten, sondern die großen von Ar und Palm. So hatten sich diesmal die Heßler resp. ihre Vertreter der Domänen Pfaffenborn und Krausendorf zu verantworten. In beiden Fällen handelte es sich um die im Tarif vorgesehene Bewertung des Deputats, die Quantität und Qualität, die gelbliche Abfindung für nicht belieftes Deputat, die Berechnung der Wohnung und Beheizung. Trotz der erbärmlich niedrigen Tariflohnsätze werden die nicht immer klar gehaltenen Bestimmungen im Tarifvertrag in einer ganz schäbigen Weise gegen die Landarbeiter ausgelegt. Und die im Verlauf der Verhandlung gegebenen Ausführungen ließen geradezu erkennen, wie geringfügig die Landarbeiter von ihren Herren und deren Platzhaltern gewertet werden. Wohnungen, wenn man sie so nennen soll, wo zwei Familien hausen, wo doppelte Miete angerechnet wird, Kammern in geringerer Quantität und Qualität, die Nichtabgabe derselben vielfach in geschäbiger, weil unter dem Marktwert stehender Hofbindung waren die Differenzpunkte. Während die Differenzen in

Krausendorf durch Einigung beigelegt werden konnten, mußten für Pfaffenborn Schiedsprüche gefällt werden, um dem Tarife Geltung zu geben. Den Leitern des Stützguts Pfaffenborn Frhr. v. Zebly und Justizrat Mandowitz sollten als Vertragskontrahenten korrekte Durchführung der Tarifbestimmungen Ehrensache sein. Nichts von alledem. Gerade dieser Betrieb hat zu wiederholten Malen zu Beschwerden Anlaß gegeben und die Tatsache, daß ein bereits 30 Jahre auf dem Gute beschäftigter freier Arbeiter seinen Stundenlohn erst durch Schiedspruch von 1,50 M. auf 2,50 Mark erhöht bekommen mußte, läßt tief blicken; desgleichen das Bestreben, die Leute für saul und minderwertig zu erklären. Der gefallene Ausspruch, daß bald für die Arbeiter andere Zeiten kommen, zeigt den Reaktor und sein Bestreben, die Arbeiter wieder zu hörigen Sklaven der früheren Zeit zu machen. Den Landarbeitern aber muß es eine Lehre sein, zusammen mit ihren Kollegen in der Industrie in starken, auf dem Boden des schärfsten Klassenkampfes stehenden Organisationen ihr Geschick jetzt und in Zukunft zu vertreten, Kapital und Reaktion zum Trotz.

Die Häusler, Land-, Tagelöhner und Kleinbauern des schlesischen Gebirges für die Einheitsfront.

Zu einer interessanten Rundgebung wurde die zum Montag, den 22. August, nach Schabentwabe bei Markissa einberufene öffentliche Versammlung der SPD., die von 160 Personen besucht war.

Der Referent Gen. Graf wies auf den zunehmenden Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft hin, zeigte die Wirkungen des Ultimatus auf, um ganz besonders die Brotpreis-

Montag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr,

findet in Bräuers Festfale, Popelwitzstr. 36, ein

Kunstabend

für Sowjetrußland,

bestehend in Konzert, Theater und Rezitation, statt.

Es ergeht an alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Aufforderung, für diesen Kunstabend zu werben.

erhöhung sowie das Steuerprogramm gründlich zu verpflanzen. Er schloß sein Referat mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Einheitsfront zwischen Stadt und Land, zwischen allen Arbeitern, Angestellten, Beamten und Kleinbauern. Starker Beifall lohnte den Referenten. In der Diskussion sprach dann ein Kleinbauer, der sich mit unseren Ausführungen einverstanden erklärte, nur noch nicht ganz den Landbund fallen lassen wollte. Dann nahm ein Mann, „Landarbeiter“ Seidel, das Wort und hielt an Hand des vom Landbund herausgegebenen Materials eine Lobrede auf den Landbund und seinen Hainpfling, Freiherrn von Richthofen. Nun wollte noch ein Antisemit, der angeblich früher Sozialdemokrat gewesen sei, eine Judenbege veranlassen, wurde aber von einem Genossen gründlich nach Hause geschickt. Ein SPD-Mitglied erklärte noch sein Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten.

Nach einem Schlußwort des Gen. Graf, der sich besonders den „Landarbeiter“ Seidel und den Antisemiten vornahm, fand die Versammlung, die um 8 1/2 Uhr begonnen hatte, um 12 1/2 Uhr ihr Ende.

Aus dem Waldenburger Revier.

Streit in der Porzellan-Industrie.

Mit mehr als 1900 gegen 300 Stimmen ist in der Porzellan-Industrie des Waldenburger Bezirks der Streit beschlossen worden. Von Unternehmerseite wurde versucht, noch im letzten Augenblick den Ausbruch des Kampfes zu verzögern. Sie wiesen darauf hin, daß sich bereits das Reichsarbeitsministerium mit der Angelegenheit befaßt, und daß es wahrscheinlich wieder zum Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages kommen werde. Die Arbeiterschaft lehnte das Ansuchen aber ab. Die Not ist zu groß geworden. Die Arbeit ruht in sämtlichen vier Betrieben vollständig. Auch das, was man mit dem schönen Worte Notstandsarbeiten bezeichnet, ist zu verrichten von der Arbeiterschaft abgelehnt worden.

Heber den weiteren Verlauf des Kampfes werden wir berichten.

Waldenburg. Am 1. Oktober, 6 Uhr abends, fand im Gasthof „Zu den 3 Rosen“ eine Sitzung des Waldenburger Gewerkschaftskartells statt. Scharfe Kritik wurde über den schwachen Besuch der Kartellversammlung von dem Vor. sowie den anwesenden Delegierten geübt. Jetzt ist es wirklich nicht an der Zeit, der Sache lau und gleichgültig gegenüber zu stehen. Beschlossen wurde, diejenigen Delegierten der einzelnen Organisationen und Zahlstellen, welche dauernd den Sitzungen fernbleiben, durch die Presse an die Öffentlichkeit zu bringen. Es wurde dem Verbandskollegen empfohlen, sich in den stattfindenden Monatsversammlungen der Zahlstellen von dem Delegierten immer einen Bericht über die Kartellversammlung geben zu lassen. Unter anderem stand auch zur Tagesordnung die Feier des 9. November. Es kam auch der einstimmige Beschluß zustande, daß hier im Waldenburger Revier der 9. November durch Arbeitsruhe und Demonstrationen gefeiert werden soll. Von öffentlichen Straßendemonstrationen wurde leider abgesehen. Gerade an diesem Tage hätte müssen, der immer frecher werdenden und zum Angriff übergehenden Reaktion gezeigt werden durch große Massendemonstrationen, daß die revolutionäre Arbeiterschaft unter keinen Umständen gewillt ist, sich die minimalen Errungenschaften der Revolution wieder nehmen zu lassen. Wie der Sitzung mitgeteilt wurde, hat das Waldenburger Gewerkschaftskartell beschlossen, den 9. November nicht durch Arbeitsruhe zu feiern, da jeder Arbeitstag dem Staate fehlt (Kommentar überflüssig). Ferner kam zur Sprache das große Ueberhandnehmen des sogenannten Stundenmachens in fremden Betrieben. Es soll von jetzt ab sehr darauf geachtet werden und diejenigen Kollegen ihrem Betriebsrat, wo sie feste Beschäftigung haben, gemeldet werden. Auf die ausgedehnten Marken zum Bau eines Gewerkschaftshauses wurde eingewiesen, daß es Pflicht eines jeden freiverwerflich Organisierten ist, diese Marken zu kaufen, es sind Marken zu 20 und 12 M., diese können in 1/4 Raten bezahlt werden. Schluß der Sitzung gegen 10 Uhr.

Altwasser. Am hiesigen Ort steht es, betreffs Durchführung der weltlichen Schule, einer alten sozialistischen Forderung, sehr traurig aus. Seit der Gründung der freien Elternvereinsung ist schon ein halbes Jahr verstrichen, aber noch stehen viele Arbeiter dieser Vereinsung fern. Aber es braucht einem nicht zu wundern, wenn man sieht, daß selbst Gewerkschaftsführer, die als geistige Größen dastehen wollen, dieser Bewegung fernstehen. In einer Konferenz in der Stadtbrauerei in Waldenburg machte Herr Lehrer Hartwig längere Ausführungen über die weltliche Schule. Der Reichstagsabgeordnete Franz (SPD.) sagte dort, daß sie erst die große Masse für die Partei gewinnen müßten, ehe man an andere Fragen, wie Bildung usw. denken könne. Herr Lehrer Hartwig, dem dieses zuweit ging, widersprach ihm. Wir Kommunisten, die wir als Maulhelden verschrien werden, sind fast reiflos an dieser Schulbewegung beteiligt. Die SPD. die doch auf ihre Stärke von 1000 Mitgliedern pocht, könnte bedeutend besser beteiligt sein, und es wäre sehr zu wünschen, daß diese sich jetzt mehr beteiligen, als es bis dato der Fall gewesen ist.

Altwasser. Am Sonntag, 2. Oktober, fand im Ernestinenhof die Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Kamerad Lindner machte längere Ausführungen über das Knappschäftsweesen, und betonte, daß die Verhältnisse in den Knappschäftsstellen nach dem Kriege bedeutend besser geworden seien. Dies habe man vor allem dem besseren Wahlrecht und der Mitarbeit der SPD. in der Regierung zu verdanken, wozu wir bemerken, daß die Beförderung noch lange nicht so ist, wie sie entsprechend der geänderten wirtschaftlichen und politischen Lage sein sollte.

Kamerad Werb gab den Kartellbericht und erwähnte den Verkauf von Gewerkschaftshausmarken. Ueber diesen Punkt tritt man sich eine rege Debatte. Einem kranken Kameraden wurden 100 M. bewilligt.

Versammlungskalender.

- SPD. Breslau, Distrikt 5. Am Freitag, 7. Oktober, abends 7 Uhr, findet bei Brüdner, Osener Str. 23, ein wichtiger Diskussionsabend statt.
- Distrikt 9a, abends 7 1/2 Uhr, wichtiger Distriktsabend.
- SPD.-Breslau, Distrikt 3a. Freitag abend 7 1/2 Uhr, bei Sette, Kleischauerstr. 18, wichtige Distriktsversammlung.
- SPD.-Ortsgruppe Dittersbach. Sonntag, 9. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus „Friedenshoffnung“ eine wichtige Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung wie folgt: 1. Vortrag des Parteifreiretars Scholz, Gottesberg. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Wahl der Delegierten zum Parteitag. 4. Außerlandlung. 5. Anträge und Beschlüsse. Wir legen den Genossen dringend ans Herz, zu dieser wichtigen Versammlung vollständig und pünktlich zu erscheinen, und laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung die Frauen mitzubringen. Referent ist anwesend. Der Vorstand.
- SPD.-Ortsgruppe Gottesberg. Sonntag, 9. Oktober, vormittags 9 Uhr, öffentliche Volksversammlung, im Hotel „Glück-Auf“.
- Sonntag, 9. Oktober, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung, Gasthof „Zum blauen Hirs“ (bei Langer). Wichtige Tagesordnung. — Es ist Pflicht jedes Parteigenossen zu erscheinen. Auch Sympathisierende haben Zutritt und ersuchen wir die Parteigenossen solche mitzubringen.

Die Ortsgruppenleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus. Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, e. G. m. b. H. Berlin SW 48. Tel. Sadow 1856 und 1857.

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheilmittel** in 8 bis 14 Tagen. **Lebende Flechtenheilmittel**. Preis 25 Mark. **F. Müller, Flechtenheilmittel, Bremen**, Große Krümmenstraße 23. **Spezialbestell:** 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Schauspielhaus.

Opern- und Schauspielhaus. Tel. Ring 245. **Genie und täglich 7 1/2 Uhr.**

Der Opernball.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. **Das Dreimäderlhaus.**

Licht-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr. **Das große Oktober-Programm.**

KUNST-ABEND

SOWJET-RUSSLAND

bestehend aus

KONZERT, THEATER und REZITATIONEN

MONTAG, den 10. Oktober, abends 7 Uhr in „BRAUERS Festfale“, Popelwitzstr. 36

EINTRITT 3.60 Mark inklusive Steuer

Der Reinertrag wird dem internationalen Hilfskomitee für Sowjetrußland überwiesen.

Sieben erschienen:

Kriminalkommissar Lyss u. Genossen vor den Geschworenen!

Bericht vom Prozeß gegen den Bezirkssekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien, Klein-Scheper, wegen Landfriedensbruch.

Preis 1 Mark

Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau I, **Kilowatzstraße 49-50, 1 Tr.**

Ich bestelle hiermit Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands. (Section der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementpreis frei Haus monatlich 6.10 RM, wöchentlich 1.50 RM.

Name

Beruf

Ort

Straße und Hausnummer